

Wenn der Satzungstext bei Funktionsbezeichnungen / Amtsinhabern die männliche Sprachform verwendet, so ist stets auch das weibliche Geschlecht gemeint bzw. sind unabhängig davon alle Ämter grundsätzlich mit Frauen und Männern besetzbar.

§ 1 Name, Sitz und Rechtsform des Vereins

1. Der Verein führt den Namen „Förderverein der Ortsfeuerwehr Faßberg.“ Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt dann den Zusatz „e.V.“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in der Gemeinde Faßberg, zu der ein besonderer Bezug besteht. Geschäftsadresse ist die Adresse des jeweiligen Vorstandsvorsitzenden.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
4. Der Verein ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral.

§ 2 Satzungszweck

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des Feuerwehrwesens nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz und der Feuerwehrkameradschaft in der Ortsfeuerwehr Faßberg.
2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke § 52 Abs. 2 der Abgabenordnung“ in der jeweils gültigen Fassung.
3. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch:
 - a) ideelle und materielle Unterstützung, d.h. Beschaffung von Mitteln für die Anschaffung und Unterhaltung von Ausbildungs- und Lehrmitteln sowie von technischem Gerät zur Verbesserung und Erleichterung von Einsatzabläufen die nicht vom öffentlichen Träger der Feuerwehr beschafft und unterhalten werden,
 - b) die Unterstützung der Ausstattung der von der Ortsfeuerwehr Faßberg genutzten Gebäude,
 - c) die Unterstützung der sozialen Belange der Mitglieder, insbesondere der Feuerwehrangehörigen der Einsatzabteilung, der Jugendfeuerwehr und der Altersabteilung,
 - d) Förderung des gegenseitigen Zusammenwirkens mit anderen Feuerwehren bzw. Feuerwehrfördervereinen,
 - e) die Unterstützung der Jugendfeuerwehr,
 - f) Öffentlichkeitsarbeit - Interessierte Einwohner über den Förderverein zu informieren und aufzuklären,
 - g) Förderung von Maßnahmen, die der Traditionspflege und der Kameradschaft in der Feuerwehr dienen,
 - h) die Förderung der Brandschutzerziehung.
4. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
5. Die Vereinsämter werden ehrenamtlich ausgeübt.
6. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden.
2. Die Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Bei Minderjährigen ist dem Aufnahmeantrag durch die gesetzlichen Vertreter zuzustimmen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag. Das Ergebnis ist dem Antragsteller mitzuteilen.
3. Mitgliedern der Einsatz-/Altersabteilung wird eine Mitgliedschaft im Förderverein nahe gelegt.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet:
 - a) mit dem Tod des Mitgliedes,
 - b) durch freiwilligen Austritt,
 - c) durch Streichung aus der Mitgliederliste,
 - d) bei juristischen Personen durch deren Auflösung,
 - e) durch Auflösung des Vereins.

2. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Der Austritt kann nur mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands aus der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es
 - a) schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise schädigt oder
 - b) mehr als drei Monate mit der Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge oder Umlagen im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung unter Androhung der Streichung aus der Mitgliederliste die Rückstände nicht eingezahlt hat.

Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, gegenüber dem Vorstand zu den Gründen der Streichung aus der Mitgliederliste mündlich oder schriftlich Stellung zu nehmen. Die Streichung ist dem Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung mitzuteilen.

4. Ein Mitglied hat nach Beendigung der Mitgliedschaft keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.
2. Jedes Mitglied hat die Pflicht,
 - a) die Interessen des Vereins zu fördern, insbesondere regelmäßig seine Mitgliedsbeiträge zu leisten.
 - b) Veränderungen der Anschrift und der Bankverbindung sind dem Vorstand unverzüglich mitzuteilen.

§ 6 Mittelbeschaffung und Mitgliedsbeiträge

1. Die Mittel zur Erreichung des Satzungszwecks werden insbesondere aufgebracht durch:
 - a) Mitgliedsbeiträge nach der Beitragsordnung,
 - b) freiwillige Zuwendungen (z.B. Spenden),
 - c) öffentlichen Zuschüssen,
 - d) Einnahmen und Überschüsse aus Veranstaltungen und Aktionen,
 - e) Umlagen, die anlässlich besonderer Vereinsveranstaltungen durch den Vorstand von den Teilnehmern zur Kostendeckung der jeweiligen Veranstaltung erhoben werden. Die Veranstaltungsteilnehmer sind vor der Veranstaltung über die zu erwartende Höhe der Umlage zu informieren.
2. Die Mitgliedsbeiträge ergeben sich aus der jeweils aktuellen Beitragsordnung, die durch die Mitgliederversammlung festgesetzt wird.
3. Mitgliedsbeiträge und Umlagen werden im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren eingezogen. Das Mitglied hat sich hierzu bei Eintritt in den Verein zu verpflichten, ein SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen sowie für eine ausreichende Deckung des bezogenen Kontos zu sorgen. Der Verein zieht den Mitgliedsbeitrag unter Angabe seiner Gläubiger-ID (DE 40 ZZZ 0000 1375 388) und der Mandatsreferenz (interne Vereins-Mitgliedsnummer) ein. Umlagen für Veranstaltungen können auch in bar erhoben werden.

§ 7 Anschaffungen

1. Anschaffungen des Vereins werden der Gemeinde Faßberg zur uneingeschränkten und kostenlosen Nutzung in der Orts- und Jugendfeuerwehr Faßberg oder Altersabteilung zur Verfügung gestellt, bleiben jedoch grundsätzlich Eigentum des Fördervereins. Der Förderverein kann durch Beschluss des Vorstands Anschaffungen als Sachspenden an die Gemeinde Faßberg übergeben. Durch Annahme der Spende geht es in das Eigentum der Gemeinde Faßberg über.
2. Art und Umfang von Geräteversicherungen werden nach Notwendigkeit vom Vorstand beschlossen.
3. Über Anschaffungen des Vereins entscheidet abhängig von der Kostenhöhe der Vorstand, der erweiterte Vorstand oder die Mitgliederversammlung nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- a) Vorstand
 1. Vorstand
 2. Erweiterter Vorstand
- b) Mitgliederversammlung

§ 9 Vorstand

1. Der Vorstand ist das ausführende Organ des Vereins; es ist zuständig für alle Aufgaben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliederversammlung fallen. Ihm gehören folgende Personen an:

1.1. Vorstand:

- a) Vorsitzender (jedoch nicht der OrtsBM der Ortsfeuerwehr Faßberg /bzw. der GemBM der Gemeinde Faßberg)
- b) Stellv. Vorsitzender
- c) Schatzmeister
- d) Schriftführer

1.2. Erweiterter Vorstand:

- e) Bis zu fünf Beisitzer können dem erweiterten Vorstand angehören.

2. Der Vorstand i. S. d. § 26 BGB wird durch den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schatzmeister und den Schriftführer gebildet.
3. Vertretungsbefugnis
 - a) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich jeweils vertreten durch den Vorsitzenden oder den stellv. Vorsitzenden, jeder ist einzeln vertretungsberechtigt. Die übrigen Vorstandsmitglieder können den Verein nur gemeinsam vertreten.
 - b) Im Innenverhältnis gilt jedoch, dass der stellv. Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden handeln darf.
4. Beschränkung auf Art der Rechtsgeschäfte, hier gilt im Innenverhältnis, dass der Vorstand
 - a) nicht berechtigt ist, Kreditaufnahmen, Immobilien- und Grundstücksgeschäfte ohne Zustimmung der Mitgliederversammlung abzuschließen.
 - b) nicht berechtigt ist, einzelne Rechtsgeschäfte über 1000 € abzuschließen. Diese bedürfen der Zustimmung auf Grundlage eines Mehrheitsbeschlusses des erweiterten Vorstands.
 - c) nicht berechtigt ist, Rechtsgeschäfte mit einem Jahresgeschäftswert, der über den eingenommenen Jahresmitgliederbeiträgen liegt, abzuschließen. Diese bedürfen der Zustimmung auf Grundlage eines Mehrheitsbeschlusses des erweiterten Vorstands.

Vermögenswirksame Rechtsgeschäfte müssen vom Vorsitzenden oder stellv. Vorsitzenden und dem Schatzmeister unterzeichnet werden.
5. Für den Fall, dass sich der Vorstand eine Vorstandsgeschäftsordnung gibt, leitet jedes Vorstandsmitglied das ihm zugewiesene Ressort eigenverantwortlich.
6. Für den Vorsitzenden, den stellv. Vorsitzenden und den Schatzmeister ist eine Bankvollmacht für finanzielle Abwicklungen zu erteilen. Entzug von Bankvollmachten bedürfen der Abstimmung innerhalb des erweiterten Vorstandes und müssen schriftlich begründet werden.

§ 10 Aufgaben des Vorstands

1. Dem Vorstand des Vereins obliegen die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
 - b) die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
 - c) die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichts,
 - d) die Aufnahme neuer Mitglieder,
 - e) die angemessene Unterrichtung der Mitglieder über die Vereinsangelegenheiten,
 - f) Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen (Spenden),
 - g) Ordnungsgemäße Vermögensverwaltung,
 - h) Satzungsgemäße Vereinsführung,
 - i) Eröffnung von Kontrollmöglichkeiten,
 - j) Auskunfts- und Rechnungslegungspflicht gegenüber Organmitgliedern, Mitgliedern und Mitgliederversammlung,
 - k) Abschluss notwendiger Versicherungen,
 - l) Verschwiegenheitspflicht,
 - m) Pflicht zur Verfolgung der Vereinsziele,
 - n) Allgemeine Sorgfaltspflichten in der Amtsführung.
2. Die Beisitzer haben eine beratende Funktion. Sie unterstützen den Vorstand in seinen Aufgaben und können vom Vorstand mit bestimmten Funktionen betraut werden (z.B. Zuweisung eines bestimmten Fachgebietes). Beisitzer sind reguläre Mitglieder des Vorstands, jedoch nicht nach § 26 BGB vertretungsberechtigt.

§ 11 Bestellung des Vorstands

1. Der Vorstand/erweiterte Vorstand wird von der Mitgliederversammlung einzeln auf die Dauer von drei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt.
2. Gewählt werden kann jede volljährige und voll geschäftsfähige Person, die Mitglied des Vereins ist. Wählbar ist, wer auf der Mitgliederversammlung anwesend ist oder dessen Einverständnis schriftlich vorliegt. Gewählt ist als Bewerber, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder erreicht hat. Für die Feststellung der Mehrheit sind nur JA- und NEIN-Stimmen zu berücksichtigen; Enthaltungen und ungültige Stimmen sind wie nicht abgegebene zu behandeln. Ergibt sich bei der Wahl mehrerer Kandidaten keine absolute Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den zwei Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt. Der Vorstand/erweiterte Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Die Wiederwahl ist zulässig.

3. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist grundsätzlich unzulässig. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes werden dessen Aufgaben durch die verbliebenen Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Mitgliederversammlung kommissarisch wahrgenommen.

§ 12 Sitzungen und Beschlussfassung des Vorstands

1. Der Vorstand ordnet seine internen Aufgaben und Befugnisse selbst. Der Vorstand/erweiterte Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, einberufen. Eine Einberufungsfrist von drei Tagen soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die seines Stellvertreters.
2. Die Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands/erweiterten Vorstands sind zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Schriftführer sowie vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter zu unterschreiben. Bei Verhinderung des Schriftführers bestimmt der Vorsitzende einen Protokollführer.

§ 13 Aufgaben der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Satzungsänderungen,
 - b) Sachanträge,
 - c) die Festsetzung der Mitgliederbeiträge,
 - d) die Wahl und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands/erweiterten Vorstands,
 - e) die Entgegennahme des Jahresberichts und die Entlastung des Vorstands,
 - f) die Wahl der Kassenprüfer
 - g) die Auflösung/Zweckänderung des Vereins.

§ 14 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, ist vom Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einberufung erfolgt unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen (Tag der Einlieferung/Absendung) und unter Angabe von Termin, Tagungsort und der vorgesehenen Tagesordnung.

Die Bekanntgabe/Einberufung erfolgt:

- a) Per E-Mail (sofern sie dem Vorstand bekannt ist) oder
 - b) schriftlich per Post
2. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Sie hat mindestens folgende Punkte a) – d) zu enthalten:
 - a) Feststellung der anwesenden Mitglieder und der vertretenen Stimmen (Beschlussfähigkeit/ordnungsgemäße Ladung),
 - b) Genehmigung der Tagesordnung,
 - c) Erörterung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung,
 - d) Bericht des Vorstands,
 - e) Bericht des Schatzmeister,
 - f) Bericht der Kassenprüfer,
 - g) Entlastung des Vorstands,
 - h) Ggf. Wahl oder Abwahl des Vorstands/erweiterten Vorstands oder einzelner Vorstandsmitglieder,
 - i) Wahl von Kassenprüfern,
 - j) Sachanträge,
 - k) Informationen und Termine.
 3. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Über Sachanträge entscheidet der Vorstand. Über Anträge zur Tagesordnung, die vom Vorstand nicht aufgenommen wurden oder die erstmals in der Mitgliederversammlung gestellt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.
 4. Zusätzlich aufgenommene Tagesordnungspunkte in Form von Sachanträgen (gem. § 14 Abs. 3) und insbesondere sogenannte Dringlichkeitsanträge, zu denen ein Beschluss herbeigeführt werden soll wie z.B., die Änderung der Satzung, der Beitragsordnung oder die Auflösung/Zweckänderung des Vereins sowie die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern, können lediglich als Diskussionsthemen in der Mitgliederversammlung behandelt werden. Diese Anträge können in der nächsten Mitgliederversammlung entsprechend auf die Tagesordnung aufgenommen und behandelt werden. Hierüber entscheidet die Mitgliederversammlung.
 5. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens 20 v. H. der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe gegenüber dem Vorstand beantragt. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Angabe von Termin, Tagungsort und der vorgesehenen Tagesordnung. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Mitgliederversammlung entsprechend.

§ 15 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter und bei dessen Verhinderung von einem durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Versammlungsleiter geleitet. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
2. Die Mitgliederversammlung entscheidet, soweit diese Satzung nicht anders bestimmt mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Jedes Mitglied hat eine Stimme, Stimmen sind nicht übertragbar. Für die Feststellung der Mehrheit sind nur JA- und NEIN-Stimmen zu berücksichtigen; Enthaltungen und ungültige Stimmen sind wie nicht abgegebene zu behandeln; bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Abstimmungen sind offen, wenn nicht eine geheime Abstimmung von mindestens 10 v. H. der anwesenden Stimmberechtigten gefordert wird.
3. Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von mindestens 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich. Zur Änderung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller anwesenden Mitglieder erforderlich.
4. Über den Ablauf der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben ist. Die Ergebnisse werden am Ende des Protokolls besonders hervorgehoben, indem sie als Beschlüsse mit den genauen Abstimmungsergebnissen gekennzeichnet werden (JA/NEIN- und nicht abgegebene Stimmen). Das Protokoll ist gesetzlich nicht zu genehmigen, daher entfällt die Genehmigung. Das Protokoll ist spätestens vier Wochen nach der Mitgliederversammlung zu erstellen.

Ist der Schriftführer nicht anwesend, bestimmt der Versammlungsleiter einen Protokollführer.

5. Die Mitgliederversammlung ist keine öffentliche Versammlung. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.

§ 16 Bestellung der Kassenprüfer

1. Die Mitgliederversammlung wählt insgesamt 2 Kassenprüfer, wobei alle zwei Jahr zwei neue Prüfer gewählt werden, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Wählbar ist, wer auf der Mitgliederversammlung anwesend ist oder dessen Einverständnis schriftlich vorliegt. Gewählt ist als Bewerber, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder erreicht hat. Für die Feststellung der Mehrheit sind nur JA- und NEIN-Stimmen zu berücksichtigen; Enthaltungen und ungültige Stimmen sind wie nicht abgegebene zu behandeln.
2. Ergibt sich bei der Wahl mehrerer Kandidaten keine Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den zwei Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt. Die Kassenprüfer bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Die Wiederwahl ist für die nächsten zwei Geschäftsjahre unzulässig.

§ 17 Aufgaben des Schatzmeisters und der Kassenprüfer

1. Der Schatzmeister ist für die ordnungsgemäße Buchhaltung (Einnahmen und Ausgaben) der Kassengeschäfte verantwortlich. Über alle Einnahmen und Ausgaben ist Buch zu führen. Dieses kann elektronisch (z.B. Softwarelösung) bzw. per Rechnungsbuch geführt werden.
2. Der Schatzmeister legt die Buchhaltung den Kassenprüfern mit entsprechendem Vorlauf vor der ordentlichen Mitgliederversammlung für das letzte Geschäftsjahr zur Überprüfung vor.
3. Die Kassenprüfer haben die Aufgabe, Rechnungsbelege sowie deren ordnungsgemäße Verbuchung (Einhaltung der gesetzlichen Buchführungsvorschriften) und die Mittelverwendung zu überprüfen. Des Weiteren ist zu überprüfen ob die Mitgliederbeiträge ordnungsgemäß eingegangen sind, sowie mindestens einmal jährlich der Kassenbestand des abgelaufenen Kalenderjahres festzustellen. Die Prüfung erstreckt sich nicht auf die Zweckmäßigkeit der vom Vorstand genehmigten Ausgaben. Die Kassenprüfer haben in der Mitgliederversammlung die Vereinsmitglieder über das Ergebnis der Kassenprüfung zu unterrichten. Über jede Kassenprüfung ist ein Kassenprüfbericht/Protokoll zu erstellen, das von den zwei Kassenprüfern und dem Schatzmeister zu unterzeichnen ist.

§ 18 Datenschutz Persönlichkeitsrechte

1. Unter Beachtung und in der jeweils gültigen Fassung der gesetzlichen Vorgaben / Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) werden zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder des Vereins erhoben und in dem vereinseigenen EDV-System gespeichert, genutzt und verarbeitet.
2. Durch ihre Mitgliedschaft bzw. Unterschrift auf dem Aufnahmeantrag erkennen Sie,
 - a) die Satzung und Ordnungen des Vereins,
 - b) die Informationen zum Datenschutz, hier das „Merkblatt zur Datenschutzerklärung“ des Vereins und
 - c) das Formular zur freiwilligen „Einwilligung in die Veröffentlichung von Personenbildnissen“

in der jeweils gültigen Fassung an bzw. gelesen und verstanden zu haben.

§ 19 Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur aufgrund einer zu diesem Zweck besonders einberufenen Mitgliederversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit der Stimmen der bei der Abstimmung anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden.
2. Jedes Mitglied hat eine Stimme, Stimmen sind nicht übertragbar. Für die Feststellung der Mehrheit sind nur JA- und NEIN-Stimmen zu berücksichtigen; Enthaltungen und ungültige Stimmen sind wie nicht abgegebene zu behandeln.
3. Bei Auflösung bzw. Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zweckes, fällt das Vermögen des Vereins an die Gemeinde Faßberg, die es unmittelbar und ausschließlich für Zwecke des Feuerwehrwesens für die Ortsfeuerwehr Faßberg und der Jugendfeuerwehr Faßberg (jeweils zu gleichen Teilen) zu verwenden hat.

§ 20 Haftungsbeschränkung

1. Der Verein haftet nicht für fahrlässig verursachte Schäden oder Verluste, die Mitglieder bei der Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen und Geräten des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden oder Verluste nicht durch Versicherungen gedeckt sind.
2. Der Verein haftet seinen Mitgliedern gegenüber nicht für Schäden aus einem fahrlässigen Verhalten der Repräsentanten des Vereins.
3. Dies gilt insbesondere für Schäden, die bei der Ausübung der Mitgliedschaftsrechte entstehen, für Schäden aus Unfällen und Diebstählen.

§ 21 Inkrafttreten

Diese Satzung wurde von der ordentlichen/außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19.01.2019 beschlossen und tritt mit gleichem Datum in Kraft.

Die vorherige Satzung vom 27.01.2018 verliert hiermit seine Gültigkeit.

Martin Freyburger
Steffen
Janine Freyburger
H. D. H.

H. Precht
Dr.
C. H.

Faßberg, den 19.01.2019